

**Die Ministerpräsidentin  
des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern  
– Staatskanzlei –**



Staatskanzlei, 19048 Schwerin

Herrn  
Arne Semsrott  
Open Knowledge Foundation  
Deutschland e.V.  
Singerstraße 109  
10179 Berlin

Per E-Mail an:  
[a.semsrott@fragdenstaat.de](mailto:a.semsrott@fragdenstaat.de)

Datum: 22. Juni 2020  
bearbeitet von: Arne Schroth  
Telefon: +49-385-588-10141  
Telefax: +49-385-588-509-10141  
E-Mail: [medienreferat@stk.mv-regierung.de](mailto:medienreferat@stk.mv-regierung.de)  
Az: 109-10000-2012/021-046

**Ausgaben für Facebook-Werbung [#188790]  
Ihre Anträge nach IFG M-V, LUIG M-V und VIG vom 12. Juni 2020 (Per E-Mail und Fax)**

Sehr geehrter Herr Semsrott,

für Ihre Anträge auf Informationsgewährung nach dem Informationsfreiheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (IFG M-V), dem Landesumweltinformationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LUIG M-V) und dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) danke ich Ihnen. Diese wurden zuständigkeitshalber an mich weitergeleitet.

**Ihren Anträgen vom 12. Juni 2020 kann ich nicht entsprechen. Ich bin aufgrund der gesetzlichen Vorgaben gehalten, diese abzulehnen.**

**Verwaltungskosten werden nicht erhoben.**

Dies hat folgende Gründe:

Mit Ihrem Antrag begehren Sie die Zusendung folgender Information:

- eine Auflistung der Facebook-Werbung der Staatskanzlei des Jahres 2019, aus der die beworbenen Facebook-Beiträge und die Kosten der Werbung hervorgehen.

**I. Zum Antrag nach IFG M-V**

Sie haben sich mit Ihrem Antrag ausschließlich per E-Mail und Telefax an die Staatskanzlei gewandt. Das ist aber leider im Zusammenhang mit der Beantragung einer Informationsgewährung nach dem IFG M-V nicht ausreichend. Grundsätzlich hat zwar jede natürliche Person Anspruch auf Zugang zu den bei einer Behörde vorhandenen Informationen, § 1 Absatz 2 IFG M-V. Das IFG M-V verlangt jedoch in seinem § 10 Absatz 1 Satz 2, dass der Antrag schriftlich oder zur Niederschrift an die Behörde zu richten ist. Schriftlich meint, dass der Antrag Ihre eigenhändige Unterschrift tragen muss und der Behörde im Original mit dieser Unterschrift zugehen muss. Die von Ihnen übersandte E-Mail erfüllt diese Voraussetzungen nicht und genügt somit nicht dem Schriftformerfordernis. Gleiches gilt im Ergebnis auch für die von Ihnen übersandte Fax-Nachricht;

Hausanschrift:  
Die Ministerpräsidentin  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
- Staatskanzlei -  
Schloßstraße 2-4, 19053 Schwerin

Telefon: (03 85) 5 88-0  
Telefax: (03 85) 565144  
E-Mail: [poststelle@stk.mv-regierung.de](mailto:poststelle@stk.mv-regierung.de)  
Internet: [www.mv-regierung.de](http://www.mv-regierung.de)

diese gibt lediglich die Kopie einer Unterschrift wieder und genügt daher ebenfalls nicht den formalen Anforderungen. Das Gesetz gibt vor, dass ich Ihren Antrag deshalb bereits aus diesem Grund ablehnen muss. Dessen ungeachtet bestehen nach dem Erscheinungsbild auf dem Ausdruck auch Zweifel an einer tatsächlich handschriftlichen Fertigung der aus Ihrer Fax-Nachricht ersichtlichen Unterschrift auf einem Original-Schriftstück.

Ergänzender Hinweis: Ihr Antrag wäre auch in der Sache abzulehnen. Dies bereits deshalb, da die von Ihnen begehrte Auskunft nicht in der gesetzlich vorgegebenen Form des IFG M-V als Informationsträger vorliegt und daher nicht zum Gegenstand eines IFG-Antrags gemacht werden kann.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Staatskanzlei – Schloßstraße 2 – 4 in 19053 Schwerin (Postanschrift: 19048 Schwerin) einzulegen.

**Anrufung des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit:**

Gegen diesen, den Informationszugang ablehnenden Bescheid, kann parallel der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern in seiner Funktion als Beauftragter für die Informationsfreiheit angerufen werden (Postanschrift: Lennéstraße 1, Schloss Schwerin, 19053 Schwerin). Die oben genannte Rechtsbehelfsfrist gilt unabhängig von dessen Anrufung.

II. Zum Antrag nach LUIG M-V

Sie haben Ihr Informationsbegehren gleichfalls auf das LUIG M-V gestützt. In dessen § 1 Absatz 1 ist der Zweck des Gesetzes legal definiert. Genannt werden zwei parallele Gesetzeszwecke, zum einen die Schaffung von Regelungen für den freien Zugang zu Umweltinformationen, zum anderen die Schaffung von Regelungen für die Verbreitung von Umweltinformationen. Damit wird deutlich, dass es sich jedenfalls um Umweltinformationen handeln muss. Insoweit handelt es sich um Informationen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern. Mir liegen die entsprechenden Informationen nicht vor, weshalb ich Ihren Antrag ablehnen muss.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Staatskanzlei – Schloßstraße 2 – 4 in 19053 Schwerin (Postanschrift: 19048 Schwerin) einzulegen.

III. Zum Antrag nach VIG

Sie begehren die Zusendung der oben genannten Informationen ferner nach dem VIG. § 1 Absatz 1 Nummer 1 VIG eröffnet den Zugang zu Informationen über Erzeugnisse im Sinne des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) und § 1 Absatz 1 Nummer 2 VIG zu Verbraucherprodukten, die dem § 2 Nummer 26 des Produktsicherheitsgesetzes (ProdSG) unterfallen. Erzeugnisse sind Lebensmittel, einschließlich Lebensmittelzusatzstoffe, Futtermittel, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände (§ 2 Abs. 1 LFGB). Verbraucherprodukte sind neue, gebrauchte oder wiederaufgearbeitete Produkte, die für Verbraucher bestimmt sind oder unter Bedingungen, die nach vernünftigem Ermessen vorhersehbar sind, von Verbrauchern benutzt werden könnten, selbst wenn sie nicht für diese bestimmt sind (§ 2 Nr. 26 ProdSG). Die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern verfügt über diese Informationen leider nicht, so dass ich Ihren Antrag aus diesem Grund ablehnen muss. Informationen zum Verbraucherschutz und zur

Lebensmittelüberwachung kann Ihnen das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern erteilen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Schwerin (Wismarsche Straße 323a in 19055 Schwerin) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag 

